

Geglicher Einspruch gegen ein französisch-rumänisches Bündnis!

Die „Gazette de la Semaine“, eine Pariser Zeitung, hält „Gazette de la Semaine“, eine Pariser Zeitung, über den bestehenden Abschluß eines französisch-rumänischen Bündnisses. Das Blatt behauptet, die englische Regierung habe gegen den geplanten Vertrag Einspruch erhoben. Es sei ein energischer Druck auf die Rumänen und seine Mütze ausgeübt worden, auf das Bündnis zu verzichten mit dem Hinweis darin, daß Rumänien auf die Kredite der Londoner City angewiesen sei. Um Gleichstand mit englischen Banken hätten die englische Diplomatie Rumänien wissen lassen, daß der von ihm benötigte Kredit von zehn Millionen Pfund Sterling nicht in London aufgelegt werden könnte, wenn Rumänien seine diplomatische und militärische Aktionsfreiheit nicht wahrte.

Keine Sorge vor neuer Inflation!

Dr. Schacht über die Rentenmark.

Im finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates leghin gefallene Neuverhandlungen, daß die Rentenmark nur noch 80 Pf. wert sei, haben zu den verschiedensten Bemerkungen und Deutungen in der Presse geführt. Die weite Kreise mit Unruhe und Sorge über einen Währungsverfall erfüllt. Um über diese vielfach aus dem Zusammenhang gerissenen Bemerkungen Klarheit zu schaffen und ihre volle Bedeutungsfähigkeit darzulegen, hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht am 28. April an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Deutschen Rentenbank, Staatsminister Dr. Benzen, folgendes Schreiben gerichtet, das in seinem wesentlichen Teile hiermit veröffentlicht wird:

„Ich beehre mich, im Anschluß an unsere telefonische Unterhaltung folgendes mitzuteilen: Am 10. April war in einer gemeinsamen Beratung des finanz- und wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates von einem Mitglied dieser Körperschaft die Neuverhandlung getan worden, daß die Rentenmark nur noch 80 Pfennig wert sei. Um einer Mißdeutung dieser Bemerkung entgegenzutreten, nahm ich Gelegenheit, bei der Fortsetzung der Ausschusssitzung am 11. April auszuführen, daß in der ganzen Welt der Wert des Goldes, gemessen am Preisniveau der hauptsächlichsten Waren, gegenüber dem Friedensstande um durchschnittlich etwa 40 Prozent gesunken ist. Beobachtlicherweise wurden auch diese Ausführungen, in bewußter oder unbewußter Verlennung ihrer tatsächlichen Bedeutung, benutzt, um die Sache so hinzustellen, als wollte ich damit die Unterwertigkeit der Rentenmark gegenüber der Goldmark feststellen. Davon kann selbstverständlich nicht die Rede sein, wie jedem einsichtigen Hörer meiner Worte physisches klar sein mußte. In dieser Sitzung handelte es sich um die einfache Feststellung der allgemeinen Erhöhung des Preisstandes, die der größte Teil aller Waren gegenüber dem Kriegszeit auf dem Weltmarkt erfahren hat, und die sich natürlich in der geringeren Kaufkraft des Geldes und damit auch der auf Gold lautenden Währungseinheiten ausdrückt. Da die Rentenmark grundsätzlich der Goldmark gleichgestellt ist, so nimmt sie selbstverständlich an diesem Vorgange teil, dem auch die hochwertigen Zahlungsmittel, wie der nordamerikanische Dollar und die schwedische Krone, unterworfen sind. Gegenüber den mehrfach hervortretenden Versuchen gentiefsloser Geschäftleute, diese Tatsache zur Diskreditierung feststeller Rentenmark zu benutzen, sowie zur Nichtigstellung aller abweichenden publizistischen Darstellungen erschreibt ausdrücklich, unter Hinweis auf meine Dresden Worte, daß

die Rentenmark nach wie vor als vollwertiges inländisches Zahlungsmittel

angesehen ist und die Reichsbank, wie die neuerdings von ihr getroffenen kreditpolitischen Maßnahmen und deren Wirkungen auf die Devisenkurse beweisen, nicht nur den ernsten Willen hat, die Stabilität der Rentenmark sowohl wie der Papiermark unter allen Umständen aufrechtzuhalten, sondern auch über irreführende Mittel verfügt, diese Wahrheit durchzusehen.“

Zu Helfferichs Tod.

Trauerfeier in Bellinzona.

General Helfferich ist, von Stresa kommend, in Bellinzona eingetroffen. Sie hat die Rechte ihres Gemahls wiederkannt. Gestern fand eine von der Gemeindebehörde von Bellinzona veranstaltete Trauerfeier für Helfferich statt. Die sterbliche Hülle wird provisorisch nach Zürich gebracht werden. Vertreter der Stadt Bellinzona werden die Leiche begleiten. Die Überreste der bis jetzt noch nicht identifizierten Leichen werden ebenfalls nach Zürich gebracht und sollen dort aufgebahrt werden. Der Zustand des schwerverletzten Dr. Hoffmann aus Berlin, der im Kantonsspital in Bellinzona behandelt wird, hat sich gebessert.

Französische Schädigung.

Die Pariser Presse hält Dr. Helfferich als den arztlchen Feind Frankreichs und der Entente dar. Sie ist als reiner Nationalist und Kämpfer des Patriotismus ein Gegner der Entwicklung Deutschlands gewesen. Die „Découverte“, die von der falschen Unnahme ausgeht, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sich ebenfalls unter den Toten von Bellinzona befindet, erblät darin ein verdächtiges Zusammentreffen eines Umstans, daß seit dem Waffenstillstand die brennenden Männer Deutschlands ein trauriges Ende nehmen. Das Blatt führt die Namen Grüberger, Mathenau, Helfferich, Dr. Schacht und Stinnes an, welche letzterer nach Ansicht dieser Zeitung infolge der durch die Frankfurter erlittenen Verluste Selbstmord (!) begangen habe. Das

Blatt bezeichnet dies Verluste als eine „Strafe des Himmels für die schuldbedeckte deutsche Nation“.

Buchhäuser als Wahlredner.

Der Zweigverein einer politischen Organisation hat an den Leiter der Braunschweigischen Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel, Oberregierungsrat Dr. Weiß, die Anfrage gerichtet, ob es wahr ist, daß ein Strafgesangener namens Gehrt, der wegen Dynamitattentaten seine Strafe verbüßt, aus dem Buchhaus beurlaubt wurde, um für die kommunistische Partei im Lande Braunschweig herumztreiben und Vorträge zu halten. Der Strafgesangene sei in Versammlungsdiskussionen politischer Parteien in verschiedenen Orten des Landes Braunschweig aufgetreten. Weiter wird Auskunft darüber verlangt, wieviel und welche Strafgefangene zur Teilnahme an der Wahlkampagne auf dem Buchhaus entlassen worden sind.

Diese Anfrage hat naturgemäß heftiges Interesse erregt, da nach den Erziehungsmethoden in der Bandestrafanstalt

die jedoch der vorausgehende Weltkrieg und der nachherige Friedensschluß herausbeschworen haben, sind noch wenige zu überwinden. Die bisher von aus- und inländischen Organisationen unternommenen politischen und wirtschaftlichen Rettungsversuche sind großenteils gescheitert.

Die aus revolutionären Strömungen hervorgegangenen Differenzierungen der Sozialisierung waren untaugliche Mittel, denn sie vertilgten das Wesen unserer Gesellschaft und legten immer am unrichtigen Punkte ein. Unser Wohl und Wehe hängt heute weniger von einer im Konsuminteresse geleiteten Verteilung der wirtschaftlichen Güter ab, als vielmehr von der Förderung der Produktion, von der Belebung des Arbeitsmarktes sowie von der Sicherung unseres Volkslebens und unseres Volkserwerbs. Deshalb hat der Soz. Geltung: Ein gut geführte Produktionspolitik ist zugleich die beste Sozialpolitik. Das ist die innerpolitische Seite der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes.

Notwendig: Voraussetzungen einer solchen Wirtschaftspolitik sind Sicherheit und Freiheit. Dieses Problem ist vielleicht innenpolitisch auf dem Weg zur Lösung, nachdem die fehlende Erwähnungswirtschaft fast ganz besiegt und der Hessische Währungsbund nach gewissen Aenderungen, von der Inflation zur Marktstabilisierung geführt hat. Freiheit bleibt hier noch viel zu tun übrig. Die Frage hat aber auch eine nicht zu unterschätzende außenpolitische Seite. Außerdem genügt wir weiter Sicherheit noch Freiheit. Außerdem ist es die handelspolitische Beteiligung durch die verschieden Vertragsmächte und einzelne Neutralen die unseres Warenausüberschusses den Auslandsmärkten versagt. Dazu kommt die vertragswidrige Belebung der westlichen Reichsgebiete und die vertragswidrige Okkupation und Blockade des Ruhrgebietes, die uns der Arbeit, Produktion, Export- und vermögensrechtlichen Freiheit beraubt. Das ist mehr, als ein Wirtschaftsvolk ertragen kann.

Die Welt hat die Not und den Hunger gesehen, die Deutschland die mißachtet haben, seitdem es durch die Versailler Politik aus den Gleisen seiner Wirtschaftskraft im Aus- und Inland herausgeworfen worden ist.

Und dazu sollen jetzt noch den Pariser Expertenplänen neue Lasten und Belastungen treten, Reparationen und Kontrollen? Was von der Entente auch uns zugesetzt ist, wird der Welt verklärt werden unter dem Schlagwort: Die Gerechtigkeit und Menschlichkeit gebietet es. Leider geht dabei auf der Gegenseite nur selten einer daran, daß auch die Bevölkerung Deutschlands Anspruch auf gerechte und menschliche Behandlung hat und daß ein großes Volk ein Recht auf freies Leben hat.

Können Not und Hunger beseitigt werden, wenn die neue Reparationspolitik von Paris aus den Folgen des Versailler Diktats nichts gelernt hat? Wie soll die Kaufkraft und die Wirtschaftskraft unseres Volkes wieder hergestellt werden, wenn neue Lasten statt Erleichterungen kommen? Kommen wir zu der Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Gleichgewichts im Innern und nach Außen? Wird unsere Währung dann im Innen und nach Außen? Ist es noch immer unerkannt, was die bisherigen riesigen Kapitale, Boden, Rohstoff- und Arbeitskräfte für Deutschland bedeuten? Ist es die richtige Politik, die einzige handelspolitische Beteiligung gegenüber Deutschland und seiner Wirtschaft fortzuführen?

Au dem Grundbegriff der Menschlichkeit: „Leben und leben lassen“, der auch ein Grundbegriff internationaler Wirtschaftsbeständigkeit ist, scheint man sich in der Welt noch nicht durchzutun. Unsere Gegner suchen die wirtschaftliche Erfüllung, die „Sicherheit und Freiheit“ nur für sich allein. Da bleibt nicht viel Raum für die deutschen Lebensinteressen, keine Möglichkeit gleichberechtigter Entwicklung im Aus- und Inland keine Aussicht für deutschen Weltbewerb.

Wird man Deutschland von der Wirtschaft der Welt weiterhin abschließen, so werden wir doch nicht allein die Leidtragenden sein. Die Ententeländer schneiden sich ins eigene Fleisch, wenn wir keine Sicherheit und Freiheit für unsere Wirtschaft und für unsern Verkehr erhalten. Wenn französisches Konkurrenzschärfen durch große und unrentable Rohstofflieferungen erneut gestärkt wird, dann entfernt man sich erneut vom wirtschaftlichen Gleichgewicht Europas.

Das Neueste vom

Auflanddeutschland.

Rennzeichnend für das Vorgehen Italiens gegen die nemelländischen Deutschen sind drei Tatsachen: Auflösung des Autonomieverbandes, Auflösung der Handelskammer, Einlegung eines Bitauers als Kirchenkommissar.

Bei den Wahlen zum dänischen Reichstag wurde in Nordschleswig der deutsche Kandidat Pastor Schmidt-Wodder wiedergewählt, obgleich die deutschen Sozialdemokraten die Worte für den dänischen Sozialisten Niessen ausgegeben hatten.

Bei den Wahlen zur italienischen Kammer errangen die Deutschen Südtirols zwei Mandate; gewählt wurde Dr. Tengi und Dr. Stekherr von Sternbach.

Der neue rumänische Wirtschaftsgegenwart bedeutet eine bewußte Kampfansage gegen die Minderheiten, da er die Errichtung von Minderheitsschulen und die Unterrichtung des Unterrichts in den Minderheiten ohne Willen d. J. des Willens des Unterrichtsministers überlässt.

Die Immunität des Führers des Deutschen im polnischen Parlament, des Adg. Naumann, wurde vom Parlament mit 161 gegen 189 Stimmen aufgehoben obgleich die gegen ihn erhobenen Anklagen lediglich politischen Motiven entsprungen und unhalbar sind.

Die Deutschen in Cincinnati beginnen unter überaus großer Begeisterung ein Gebetsfest zu hören des großen amerikanischen Präsidenten Wilson am Dienstag und verbinden damit eine Begrüßungsfeier für die neu eingewanderten Deutschen.

Berantwortlich für den geläufigen Inhalt: Paul Seibmann
Druck u. Verl. „Kurz' Druck u. Verlagsgesellschaft, m. b. a.“

Um das europäische Gleichgewicht der Wirtschaft.

Von Dr. Reichert.

Herr Dr. Reichert, der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin, sagt in dem folgenden Aussage die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa der Unmöglichkeit, sie zu erreichen, gegenüber, wann Deutschland die in dem Sachverständigenbericht vorgelegten ungeheuren Lasten tragen soll.

Der Grundbegriff der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts hat lange Zeit die Weltpolitik gelehrt. Dabei hat man übersehen, daß auch die Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts Europas notwendig ist, wenn die Politik ihr Ziel erreichen soll. Wenn werden wohl die Völker der Geschichte der führenden Mächte darnach handeln? In Versailles ist es sicherlich nicht geschahen. Wenn man dort die Wunden der Weltkrieg geschlossen hat, wieder hellen lassen wollte durfte man nicht mit der Imputation und Verhakelung der mitteleuropäischen Wirtschaftskörper Deutschlands und Österreich-Ungarns beginnen. Selbst ein kleiner Reich wie Österreich würde wieder aufzubauen föhlen, wenn es in den an seiner westlichen, östlichen und südlichen Veripherie liegenden Kraftquellen keine innige Verbindung hätte. Vielleicht muß ein Sechzigmillionenwohl leben, das nicht länger als Aufstand auf Industrie und nicht so sehr auf Landwirtschaft eingestellt ist, wenn es in West oder Ost außer unentbehrlichen Ressourcen die größten Bodenschätze für den Wiederaufbau verloren hat! Das ist nicht eine vorläufige gehende, sondern eine dauernde Schwäche des Volksvermögens und der Arbeitsfähigkeit Deutschlands. Diesem Nachdruck auf deutscher Seite steht ein Überschuss auf französischer und polnischer Seite gegenüber, mit dem diese Länder noch nicht rentabel zu wirtschaften gelernt haben.

Wie sich zwischen den barometrischen Erfahrungen der Tiefe und Hochdruckgebiete nicht immer ein ruhiger Augenblick und wie es oft zu schweren atmosphärischen Stürmen kommt, so treten auch auf dem weiten Feld der Weltwirtschaft mancherlei schwer zu bewältigende Kräfte auf. In normalen Zeiten ist es der Wechsel von guter und schlechter Konjunktur. Schon in der Kriegszeit haben sich trotz aller Kräfte organisatorischer Vorberufungsmittel Krisen nicht immer vermeiden lassen. Die Erschütterungen,